Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Amtsblattbezirk M 30 (Familienanzeigen und Stellengesuche Mehrbetrag 15), auswärts 35, für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile 60, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 55, auswärts 65 Reichspfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12226.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Sachsen, Nr. 38.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg, der Stadträte in Grünhain, Lößnitz, Neustädtel und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und des Amtsgerichts zu Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Sachsen.

Fernsprecher: Aue 31 und 91. Lößnitz (Amt Aue) 440. Schneeberg 10. Schwarzenberg 5916. Drahtanschrift: Volksfreund Erzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 289. Sonnabend, den 12. Dezember 1931. 84. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Sonnabend, den 12. Dezember 1931, vormittags 9 Uhr, sollen im gerichtlichen Versteigerungsraum **ca. 150 Pfd. Aepfel und ca. 110 Pfd. Weiß- und Rotkraut** öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Aue.

Sonnabend, den 12. Dezember 1931, vormittags 10 Uhr, soll in **Mittweida-M.** ein Personenkraftwagen (Freya) öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden. Sammelort der Bieter: Bahnhof-Restaurant.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

Aue. **Steuerkarten betr.**

Nach den bestehenden Vorschriften ist jeder hier wohnende Arbeitnehmer verpflichtet, sich noch vor Beginn des Kalenderjahres 1932 eine Steuerkarte von der unterzeichneten Behörde ausstellen zu lassen.

Zu den Arbeitnehmern gehören alle Gehalts-, Pensions- und Lohnempfänger, sowie die Empfänger von Wartegeld, Ruhegehalt, Witwen, und Waisenpension und von anderen Bezügen oder geldwerten Vorteilen für frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit. Alle diese Arbeitnehmer, soweit sie am 10. Oktober 1931 hier gewohnt oder sich aufgehalten haben, gleichviel, ob sie in einem Arbeitsverhältnis stehen oder nicht, werden aufgefordert, die für sie ausgestellte Steuerkarte an hiesiger Amtsstelle abzuholen, falls ihnen eine solche noch nicht zugestellt worden ist. **Bei Steuerpflichtigen, welche nicht im Besitze einer Steuerkarte sind, ist der Arbeitgeber verpflichtet, den Steuerabzug in voller Höhe ohne Berücksichtigung des steuerfreien Lohnbetrages und der Ermäßigung nach dem Familienstande vorzunehmen.**

Die gegenwärtig noch in Gebrauch befindlichen Steuerkarten verlieren mit Ablauf des 31. Dezbr. 1931 ihre Gültigkeit.

Die neuen Steuerkarten sind dem Arbeitgeber auszuhändigen, bei etwaigem Arbeitswechsel zurückzuverlangen und dem neuen Arbeitgeber zu übergeben. Die Ruhegehaltsempfänger haben die ausgeschriebene Steuerkarte sofort der auszuzahlenden Kasse zu übersenden.

Vor Abgabe der Karte an den Arbeitgeber hat der Steuerpflichtige zu prüfen, ob die Karte richtig ausgestellt ist.

Aue, 9. Dezember 1931.

Der Rat der Stadt. — Steueramt.

Die Besitzer und Verwalter hiesiger Hausgrundstücke werden hiermit daran erinnert, daß ihnen die Verpflichtung obliegt, die längs ihrer Grundstücke hinführenden Fußwege und Schnittgerinne stets reinzuhalten und bei eintretendem Schneefall durch Beseitigung der Schneemassen bezw. durch Streuen gefahrfrei zu machen. Unterlassungen werden auf Grund von §§ 25 und 27 der Straßenordnung für die Stadt Schwarzenberg vom 21. Jan. 1874, verbunden mit § 366 Ziff. 10 des Reichs-Straf-Gesetzbuches mit Geldstrafe bis zu 60 RM. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft werden. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß Hausbesitzer bezw. Verwalter auch für alle durch unterlassende oder ungenügende Reinigung der Fußwege entstandenen Schäden haftbar gemacht werden können.

Schwarzenberg, den 10. Dezember 1931.

Der Rat der Stadt. — Polizeiamt.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreunds" in Aue, Schneeberg, Lößnitz und Schwarzenberg eingesehen werden.

Allerhand zur Notverordnung.

Ueberflüssige Prophezeiungen.

Die Schleusen der ministeriellen Redeflut zur Verteidigung der Notverordnung sind gezogen. Die Minister Stegerwald und Dietrich haben schon zweimal die bekannten lichtvollen Ausführungen gemacht, die sich freilich bei näherer Betrachtung als die üblichen „ollen Kamellen" herausstellen.

•

Am Donnerstag gab Reichsfinanzminister Dietrich im Haushaltsausschuß des Reichstages einen Ueberblick über die Finanzlage. Die ganze Rede war, soweit sie sich mit den Fehlschätzungen der Reichsfinanzbehörden beim Steuer- und Zollaufkommen befaßte, eine Selbstanklage. Man hat sich dort, trotz aller Warnungen in der Presse, um fast zwei Milliarden verschätzt. Im übrigen war es die bekannte Litanei von den Löchern im Reichssäckel und den (vergeblichen) Bemühungen, sie zu stopfen, die der Minister vortrug. Es hat keinen Sinn das Zahlenmaterial, das doch nicht stimmt, weil es meist überholt ist, immer und immer wieder dem Leser zu servieren.

•

Doch muß sich dagegen gewendet werden, daß der Minister mit einem gewissen Stolz erklärte: Wir werden unseren Zinsverpflichtungen restlos nachkommen. Demgegenüber behaupten wir, daß kein Mensch, auch der Reichsfinanzminister, einen Eid auf diese Behauptung ablegen kann. Im Volke ist man besser informiert und weiß ganz genau, daß niemand auf der Welt die finanzielle Entwickelung Deutschlands voraussagen kann. Man wundert sich nur, daß die Minister, nachdem sie so oft daneben gehauen haben, immer noch den Mut zu Prophezeiungen haben. Außerdem haben wir Deutsche keinen Grund, uns freudig dazu zu bekennen, daß wir dem Ausland gegenüber unseren Verpflichtungen nachkommen würden. Es kann hier nur wiederholt werden: solange in Deutschland Menschen hungern und sich nicht kleiden können, sollte jede Kapitaltilgungszahlung oder Zinszahlung an ausländische Gläubiger eigentlich eine Unmöglichkeit sein.

•

Der Minister Dietrich hat weiterhin prophezeit, es werde möglich sein, wenn auch mit Sorgen und Wehen, die Reichsfinanzen durchzuhalten. Auch das ist schon oft erklärt worden, und immer hat es sich gezeigt, daß das Gegenteil eingetreten ist. Ueberhaupt ist es den Mitgliedern des Kabinetts zu empfehlen, weniger zu reden, denn der größte Teil des Volkes hat absolut kein Interesse daran, ihre mehr oder weniger richtigen und doch nur vom Parteistandpunkt zu bewertenden Ausführungen im Rundfunk anzuhören oder in der Zeitung zu lesen. Das, was zu sagen ist, besorgen schon Hitler und sein Stab. Die Herren der derzeitigen Regierung können sich gern, auf den Lorbeeren der neuen Notverordnung ausruhend, Erholung vom Reden gönnen.

•

Das gilt auch vom Kanzler, der sich alle Mühe gibt, den Nationalsozialismus durch Worte zu erledigen, wobei ihm leider immer wieder gewisse Aeußerungen unterlaufen, über deren Geschmack sich streiten läßt. Wir halten es z. B. nicht zuträglich für das Ansehen der deutschen „Demokratie", wenn der Kanzler, wie er es am Donnerstag tat, vor der ausländischen Presse erklärte, „er sei überzeugt, daß die „Welt" mit einem Schlage „die Gefahr des Nationalsozialismus" beseitigen könnte, wenn sie Deutschland so helfen werde, wie es seines Erachtens auch vom menschlichen Standpunkt aus notwendig wäre". Das kann so aufgefaßt werden, als ob der Kanzler den Nationalsozialismus (eine Weltgefahr!) auf gleiche Stufe mit dem Bolschewismus stelle, und daß er die Hilfe der Welt gegen ihn anrufe, der Welt, in der bekanntlich u. a. Franzosen, Polen, Japaner eine große Rolle spielen. Demgegenüber muß daran erinnert werden, daß es dem Kanzler bisher nicht im Traume eingefallen ist, auf die Gefahr des Marxismus hinzuweisen. Der Staatsmann sollte aber vermeiden, daß im Volke die Meinung Fuß faßt, er messe mit zweierlei Maß.

Weitere Erläuterungen.

Zu den Maßnahmen der Notverordnung, die der Sicherung von Ordnung und inneren Frieden gelten, wird noch mitgeteilt, daß das Reich keine generelle Anmeldepflicht für alle Waffen angeordnet hat, weil dadurch eine ungeheure Verwaltungsvermehrung eintreten würde. Doch haben die Länder erweiterte Vollmachten erhalten, die sich auch auf Hieb- und Stoßwaffen beziehen. Die Länder werden von dem Anmeldezwang nur in Bezirken Gebrauch machen, in denen eine Gefährdung der Sicherheit eintritt. Die Vorschriften für den Waffenerwerb sind insofern verschärft worden, als die Prüfung des Bedürfnisses auch auf den Waffenerwerbschein ausgedehnt worden ist. Diese Bestimmung gilt nicht für Jäger, die im Besitze eines Jahresjagdscheines sind. Wer Jagd- oder sonstige Waffen besitzt, ist zu einer Anmeldung nur dann verpflichtet, wenn für seinen Bezirk eine entsprechende Verfügung ergeht. Wesentlich ist, daß nun auch die Hieb- und Stoßwaffen in das Kontrollsystem einbezogen worden sind. Von zuständiger Seite wird ausdrücklich unterstrichen, daß der Sinn dieser Bestimmungen nicht darauf hinausläuft, dem ordentlichen Bürger die Verteidigung zu erschweren, sondern nur denen das Handwerk zu legen, die ihre politischen Meinungsverschiedenheiten mit Waffen auszutragen pflegen. Das Versammlungsverbot ist am 10. Dez. in Kraft getreten. Es gilt nicht für geschlossene Versammlungen in geschlossenen Räumen, sodaß also Weihnachtsfeiern politischer Verbände möglich sind, wenn sie diesen Vorschriften genügen. Sehr schwierig ist die Definition des Begriffes der Personen, die im öffentlichen Leben stehen und den verstärkten Ehrenschutz genießen. In den meisten Fällen wird der Richter entscheiden müssen. Der Sinn dieser Bestimmungen ist, eine Entgiftung des öffentlichen politischen Kampfes herbeizuführen, und daraus geht schon hervor, daß der Rahmen ziemlich weit gehalten werden soll.

Wie die Stahlhelmzeitung mitteilt, ist auch das Tragen des Stahlhelmabzeichens verboten worden.

•

Berlin, 10. Dez. Die vierte Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember wird in Nr. 71 des Reichsgesetzblattes veröffentlicht.

• • •

Krokodistränen des Reichsbanners.

Berlin, 10. Dez. Der Bundesvorstand des Reichsbanners ist für Montag einberufen worden, um sich angesichts der durch die neue Notverordnung geschaffenen Lage mit dem zukünftigen Kurs des Reichsbanners zu befassen. In einer Erklärung, die die Pressestelle des Reichsbanners veröffentlicht, wird in scharfen Worten Einspruch dagegen erhoben, daß auch das Reichsbanner von dem unterschiedslosen Verbot des Tragens von einheitlicher Kleidung und Abzeichen betroffen werde.

Hitler heute bei Hindenburg?

Berlin, 11. Dez. Wie, der „D. A. Z." zufolge, in politischen Kreisen verlautet, soll Hitler heute vom Reichspräsidenten empfangen werden. Nach einer anderen Version habe Hitler tatsächlich um einen neuen Empfang beim Reichspräsidenten nachgesucht, doch sei ein bestimmter Termin für die Besprechung bisher nicht verabredet worden.

•

Hitler über die deutsche Außenpolitik.

München, 11. Dez. Adolf Hitler gewährte Vertretern der Sudetendeutschen nationalsoz. Arbeiterpartei eine Unterredung, in der er eine ausführliche Darstellung der nationalsoz. Politik gab und sich besonders eingehend mit der deutsch-englischen und der deutsch-französischen Frage befaßte. „In England vollzieht sich gegenwärtig, erklärt Hitler, ein bedeutsamer Umschwung in der öffentlichen Meinung. Frankreich ist mit seiner Militär- und Goldpolitik auf dem besten Wege, sich zum Weltschuldigen zu machen. Auch in Amerika und in Italien wächst die antifranzösische Strömung von Tag zu Tag. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, man könne Deutschland auf Jahrzehnte hinaus zum Weltsklaven erniedrigen. Die Unhaltbarkeit der Reparationen wird heute auch in Italien und Amerika erkannt. Es grenzt an Lächerlichkeit, wenn uns unsere Gegner unterschieben, daß wir die Tributfrage mit kriegerischen Mitteln lösen wollen. Wir wollen keinen Krieg, aber wir wollen Gleichberechtigung des Deutschtums in der Welt. Es besteht für mich kein Zweifel, daß der Nationalsozialismus in der nächsten Zukunft im Reich mit legalen, verfassungsmäßigen Mitteln zur Macht kommen wird. Ein gegen Bolschewismus und Marxismus immunisiertes Deutschland werde, fuhr Hitler fort, nicht nur das Vertrauen in die deutsche Lebens- und Wirtschaftskraft wieder herstellen, sondern auch in politischer Hinsicht ein Faktor sein, dessen Freundschaft für die anderen Wert und Anziehungskraft besitzt." — Zu den politischen Fragen des europäischen Südostens erklärte Hitler, sie könnten nur unter dem Gesichtswinkel unserer Einstellung zu Frankreich beurteilt werden. „In der österreichischen Frage werden wir, fuhr Hitler fort, den Standpunkt des Selbstbestimmungsrechtes unseres Bruderstammes nie aufgeben, ob nun wirtschaftliche Donauföderationspläne oder dynastische Interessen von anderer Seite dagegen aufgeboten werden. Ein Krieg europäischer Staaten untereinander hieße heute soviel, wie dem Bolschewismus Tür und Tor öffnen. Mit dem ersten Kanonenschuß würde gleichzeitig die bolschewistische Revolution ihre erste Visitenkarte in den europäischen Hauptstädten aller Länder abgeben."

Wird man wirklich energisch?

Berlin, 10. Dez. In einer Rede erklärte u. a. der Reichsfinanzminister: Dem Ministerium sind die Personen bekannt, die große Vermögen besitzen und ihren Wohnsitz ins Ausland verlegt haben, die sich aber nicht scheuen, in Deutschland herumzulaufen, und sich mit ihrer Schlauheit brüsten. Wir sind entschlossen, diese Personen, wenn sie nach Deutschland kommen und nicht das in der Notverordnung als Fluchtsteuer festgelegte Viertel ihres Vermögens zahlen, rücksichtslos verhaften zu lassen. Die meisten werden es wohl vorziehen, mit Rücksicht auf ihre Wirtschaftsinteressen im Inland wieder mit ihrem Kapital ins Vaterland zurückzukommen. Wer das nicht will, der soll Deutschland endgültig den Rücken kehren und sich nicht mehr bei uns blicken lassen.

SLUB
Wir führen Wissen.